

Dualitäten der französischen Russlandpolitik: die Ukrainekrise als Bewährungsprobe

Delcour, Laure

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Delcour, L. (2015). *Dualitäten der französischen Russlandpolitik: die Ukrainekrise als Bewährungsprobe*. (DGAP-Analyse, 4). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55669-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Dualitäten der französischen Russlandpolitik **Die Ukraine Krise als Bewährungsprobe**

Laure Delcour

Zusammenfassung Für Frankreich korrelierte die Verschlechterung in der Partnerschaft zwischen Russland und der EU mit einer seit dem Jahr 2011 angeschlagenen bilateralen Beziehung, in der die uneinheitlichen Positionen bezüglich des Syrienkonflikts für Distanz sorgten. Zugleich erfuhren die Verbindungen zwischen Paris und Moskau aber auch eine neue Dynamik – insbesondere die lange vernachlässigten Wirtschaftsbeziehungen konnten intensiviert werden. Die französischen Interessen in Bezug auf Russland haben sich nicht wesentlich geändert. Sie betreffen wirtschaftliche sowie Handelsbeziehungen und einen notwendigen politischen Dialog mit Russland. Gleichwohl hat die französische Politik ohne Einschränkungen für die europäischen Sanktionen gestimmt, während die Krise in der Ukraine der florierenden französisch-russischen Wirtschaftsbeziehung ein Ende bereitet hat. Infolgedessen hängen die politischen Entscheidungen in Paris (auch in Bezug auf die Wahrung eigener Interessen) derzeit von zwei Parametern ab: dem weiteren Verlauf des Konflikts in der Ukraine und den Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen, die auf europäischer Ebene dazu getroffen werden.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs,
eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik,
des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Inhalt

Dualitäten der französischen Russlandpolitik

Die Ukraine Krise als Bewährungsprobe

Laure Delcour

- 3 **Die französische Debatte über den Konflikt in der Ukraine – neue Trennlinien in den Einstellungen zu Russland**
- 4 **Ein Ende für die vielversprechenden Wirtschaftsbeziehungen**
- 4 „Wirtschaftsdiplomatie“ im Zentrum der französisch-russischen Beziehungen
- 6 Die strittige Frage der Mistral-Hubschrauberträger
- 7 **Frankreichs offizielle Position ist schwer auszubalancieren**
- 8 **Schlussfolgerung**
- 9 Anmerkungen

Dualitäten der französischen Russlandpolitik

Die Ukrainekrise als Bewährungsprobe

Laure Delcour

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine markiert eine Zäsur in der Beziehung der Europäischen Union mit dem postsowjetischen Russland. Die Annexion der Krim im März 2014 und die Unterstützung Moskaus für die pro-russischen Kräfte in Donezk und Luhansk haben der Partnerschaft zwischen der EU und Russland ein Ende gesetzt. Die Beziehung war zuvor schon durch verschiedene bilaterale Blockaden geschwächt sowie durch eine verstärkte Rivalität in Ländern, die an die EU wie an Russland grenzen, auf die Probe gestellt worden. In ihrer ersten Rede als Außenbeauftragte der Europäischen Union schien Federica Mogherini die ganze Dimension dieses Bruchs zu erfassen, als sie darlegte, dass Russland nicht länger ein strategischer Partner der EU sei.¹

Was Frankreich betrifft, korrelierte die Verschlechterung in der Partnerschaft zwischen Russland und der EU mit einer seit dem Jahr 2011 angeschlagenen bilateralen Beziehung, in der die uneinheitlichen Positionen bezüglich des Syrienkonflikts für Distanz sorgten. Zugleich erfuhren die Verbindungen zwischen Paris und Moskau aber auch eine neue Dynamik. Im Laufe der 2000er-Jahre erhielten sie neue Impulse, was unter anderem dazu führte, dass die lange vernachlässigten Wirtschaftsbeziehungen intensiviert werden konnten.

Diese Dualität beeinflusst die Positionierung Frankreichs in der derzeitigen angespannten Lage rund um die Frage nach einem Ende des bewaffneten Konflikts in der Ukraine. In einer Situation, in der beide Seiten auf Sanktionen zurückgreifen, folgt die französische Position in erster Linie den in Brüssel definierten politischen Vorgaben der EU. Doch jenseits des Rahmens der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), an der Frankreich konstruktiv mitwirkt, unterhält es eine besondere Beziehung zu Russland und verfolgt spezifische Interessen. Innerhalb der EU gilt Frankreich genau wie Deutschland oder Italien als einer der strategischen Partner Moskaus.

Die französischen Interessen in Bezug auf Russland haben sich nicht wesentlich geändert, obwohl der Krieg in der Ukraine in Frankreich neue Trennlinien zwischen den verschiedenen Einstellungen zu Russland sichtbar gemacht hat. Die Interessen betreffen wirtschaftliche

sowie Handelsbeziehungen und einen notwendigen politischen Dialog mit Russland. Gleichwohl hat die französische Politik ohne Einschränkungen für die europäischen Sanktionen gestimmt, während die Krise in der Ukraine der florierenden französisch-russischen Wirtschaftsbeziehung ein Ende bereitet hat. Infolgedessen hängen die politischen Entscheidungen in Paris (auch in Bezug auf die Wahrung eigener Interessen) derzeit von zwei Parametern ab: dem weiteren Verlauf des Konflikts in der Ukraine und den Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen, die auf europäischer Ebene dazu getroffen werden.

Die französische Debatte über den Konflikt in der Ukraine – neue Trennlinien in den Einstellungen zu Russland

Ausgelöst durch die politische Krise in der Ukraine seit Ende des Jahres 2013 und den anschließenden territorialen Konflikt steht der ehemalige sowjetische Raum in Frankreich im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Presse und Fernsehen begleiteten von Beginn an ausführlich die Entwicklungen in der Ukraine – von der Entscheidung der ukrainischen Regierung unter dem damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch beim EU-Gipfeltreffen in Vilnius, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, über die Massenproteste und Demonstrationen auf dem Maidan in Reaktion auf diese Entscheidung, bis zur Annexion der Krim und dem bewaffneten Konflikt in der Ost-Ukraine. Allerdings war die Berichterstattung bis dato nicht frei von Verwerfungen. Häufig wurden die Ereignisse stark vereinfacht und nach normativen Gesichtspunkten oder nach einem Schwarz-Weiß-Schema behandelt. Über die Situation in der Ukraine hinaus ging es um die Verbindungen mit Russland und insbesondere um dessen Unterstützung aus Frankreich. Zu diesem Thema gab es Untersuchungen,² die manchmal in Vorwürfe³ gegen bestimmte französische Akteure mündeten. Insgesamt spiegeln sich in der Ukrainekrise die Transformation der Beziehung mit Russland sowie neue Bruchlinien innerhalb der französischen Gesellschaft in Bezug auf dieses Thema wider. Davon zeugen nicht nur

die Berichterstattung, sondern auch die öffentlich geführten Debatten in den französischen Medien.

Diese neuen Spannungen in Bezug auf das Verhältnis zu Russland, welche die Medien wiedergeben und zu deren Anstieg sie zugleich beitragen, haben ihren Ursprung in zwei Faktoren, die nicht leicht auseinanderzuhalten sind. Zum einen hat Russland seit Mitte der 2000er-Jahre daran gearbeitet, Netzwerke zur Einflussnahme in entscheidenden westlichen Ländern zu entwickeln. Dazu zählt auch die Gründung des englischsprachigen Fernsehsenders Russia Today, der den russischen Blickwinkel auf das Weltgeschehen wiedergibt. Darüber hinaus führte diese Politik zur Gründung politischer Stiftungen (im französischen Fall das Institut pour la Démocratie et la Coopération (IDC), dt. Institut für Demokratie und Kooperation), die sich auf die Fahnen geschrieben haben, in den Debatten um Demokratie und Menschenrechte den russischen Standpunkt zu vertreten. Außerdem zählen auch Lobbytätigkeiten bei französischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen dazu. In manchen Fällen hat es auch finanzielle Zuwendungen aus russischen Quellen gegeben. Zum anderen haben die Krise und der bewaffnete Konflikt in der Ukraine tiefe Trennlinien sowohl im akademischen Bereich wie auch unter Politikern sichtbar gemacht, wenn es um die Haltung zu Russland geht. Zu den Befürwortern einer engen Allianz mit Russland zählen etwa ebenso Anhänger der extremen Linken wie auch der extremen Rechten. Der Vorsitzende des Front de gauche, Jean-Luc Mélenchon, und die Vorsitzende des Front national, Marine Le Pen, haben sich beide auf die Seite Moskaus geschlagen. Mélenchon für seinen Teil machte sich die russische Einschätzung der neuen ukrainischen Regierung zu eigen (Moskau bezeichnete diese immer wieder als „faschistisch“),⁴ während Marine Le Pen urteilte, dass das Ergebnis des Referendums auf der Krim „einwandfrei“ sei. Ihr Vater, der ehemalige FN-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen, betrachtete Wladimir Putins Vorgehen auf der Krim sogar als „tadellos“.⁵ Auch der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy rechtfertigte die Annexion der Krim, indem er die Annahme äußerte, die Abtrennung der Krim von der Ukraine gehe hauptsächlich auf das Abstimmungsergebnis der Bewohner der Halbinsel zurück.⁶

Tatsächlich haben die in der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland und die russische Reaktion darauf auch jenseits der politischen Extreme Unterstützer Moskaus auf den Plan gerufen, insbesondere im konservativen Lager, aber auch innerhalb der Sozialistischen Partei. So machte sich im September 2014 eine Gruppe von 14 Abgeordneten der Nationalversammlung auf den

Weg nach Moskau, um den russischen Entscheidungsträgern ihre Unterstützung zu versichern, nachdem Staatspräsident Hollande entschieden hatte, die Lieferung der Mistral-Hubschrauberträger auszusetzen. Die Moskaureisenden gehören verschiedenen politischen Lagern an – zum Beispiel Pascal Terrasse und Jérôme Lambert vom PS, sowie Yves Pozzo di Borgo vom Nouveau centre und Thierry Mariani von der UMP. Eben diese Gruppe von 14 Abgeordneten hatte zuvor den Duma-Vorsitzenden Sergej Naryschkin in Paris empfangen. Naryschkin gilt als enger Vertrauter Putins und ist direkt von den Sanktionen betroffen, da er kein Visum für den Schengen-Raum mehr erhalten darf.⁷ Bei dem Treffen war auch der Vorsitzende von Debout la France, Nicolas Dupont-Aignan, anwesend. So unterschiedliche politische Positionen sie auch vertreten mögen, sind sich diese Parlamentarier dennoch einig darin, dass sie die Sanktionen der EU für überflüssig oder sogar schädlich in Bezug auf die Wahrung französischer Interessen in Russland halten. Es ist wenig überraschend, dass sich ganz ähnliche Haltungen in französischen Wirtschaftskreisen finden. So hat der Chef von Total, Christophe de Margerie, kurz vor seinem Unfalltod in Moskau im Oktober 2014 die Sanktionen als „ungerecht und kontraproduktiv“⁸ bezeichnet.

Woran liegt es, dass ein Teil der politischen Mandatsträger in Frankreich sowie ein Großteil der Unternehmer und Unternehmensvertreter sowohl die Sanktionen der EU kritisieren als auch ein russlandkritisches Klima beklagen, das aus ihrer Sicht von den Medien geprägt wird, obwohl die Krise in der Ukraine bereits seit über einem Jahr andauert und äußerst bedenkliche Ausmaße angenommen hat? Die Gründe für diese Haltung sind darin zu suchen, dass die Verschlechterung der Beziehung zwischen der EU und Russland die blühenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Russland gestoppt hat.

Ein Ende für die vielversprechenden Wirtschaftsbeziehungen

„Wirtschaftsdiplomatie“ im Zentrum der französisch-russischen Beziehungen

Obwohl der institutionelle Rahmen, der die bilaterale Beziehung zwischen Russland und Frankreich regelt, klar abgesteckt ist⁹ und sich die Beziehungen seit Beginn der 2000er-Jahre¹⁰ verstärkt haben, blieben die Wirtschaftsbeziehungen längere Zeit hinter der (sicherheits-)politischen Zusammenarbeit zurück. Bis Ende der 2000er-Jahre hinkte Frankreich in den Bereichen Handel und Investitionen anderen großen europäischen Partnern

hinterher (insbesondere Deutschland und Italien), und dies obwohl Paris Anstrengungen unternommen hatte, die französische Präsenz im Wirtschaftsbereich (Handelsbeziehungen und Investitionen) zu stärken. Im Jahr 2008 lag Frankreich auf dem neunten Platz in der Liste der europäischen Partner Russlands. Allerdings erhielten die französisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen mit Beginn des Jahres 2010 neuen Antriebsimpuls, was auf Initiativen der Regierungen beider Länder zurückzuführen war. Im Rahmen der Modernisierungspartnerschaft, welche die EU und Russland 2010 beschlossen hatten, kürte Moskau Paris zu einem seiner privilegierten Partner.

Zu Beginn der fünfjährigen Amtszeit von Staatspräsident Hollande und des dritten Mandats für Wladimir Putin im Kreml im Jahr 2012 konsolidierten sich die französisch-russischen Beziehungen, obwohl sie in Bezug auf wichtige Fragen der internationalen Politik von Gegensätzen geprägt waren. Die Politik gegenüber Syrien kann hier als exemplarisch genannt werden. Aus russischer Perspektive war Frankreich als Mitglied der Eurozone, deren Krise Moskau beunruhigte, immer noch ein Gesprächspartner ersten Ranges. Für Frankreich, das sich selbst in einer politischen und wirtschaftlichen Krise befand, war Russland (das damals schon eine expansive Politik betrieb) ein Schlüsselakteur für die Wirtschaftsdiplomatie, welche die neuen französischen Entscheidungsträger vertreten wollten, um das Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen. So wurde François Hollande von etwa 15 Unternehmensführern (Airbus, Total, Astrium, Technip, SNCF, Thales, Sanofi, LVMH) begleitet, als er im Februar 2013 zum ersten Staatsbesuch nach Moskau reiste. Die beiden Staatsoberhäupter waren sich einig, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern intensiviert werden sollte, und dies trotz der Divergenzen in der Haltung zum syrischen Bürgerkrieg und obwohl es der persönlichen Beziehung zwischen Hollande und Putin an Herzlichkeit mangelte. Sie kamen überein, die Zusammenarbeit auf neue Bereiche auszuweiten, etwa den Bahnverkehr und den Energiesektor.¹¹ Die nach diesem Treffen unterzeichneten Abkommen¹² nahmen den Schwung auf, den auch Hollandes Amtsvorgänger den Wirtschaftsbeziehungen mit Russland hatten verleihen wollen, und trugen ihn weiter. Allerdings stellte das Treffen mit französischen Unternehmern, die Interessen in Russland verfolgten, ein Novum für einen Staatsbesuch des französischen Präsidenten dar. Es zeugte gleichzeitig von der Hinwendung der französischen Diplomatie zu Beziehungen, die einen „wirtschaftlichen Reflex“¹³ auszulösen vermögen, und von der Rolle, die Russland in diesem Kontext innehatte. Von diesem Moment an verstand sich

Frankreich nicht mehr nur als politische oder kulturelle Kraft in der Welt, sondern auch als Handelsmacht.

Das französische Außenministerium nominierte zu diesem Zweck Ende 2012 einen Sonderbeauftragten für die Wirtschaftsdiplomatie mit Russland; solche Posten waren bereits für die Handelsbeziehungen zu Japan, China und Algerien eingerichtet worden. Jean-Pierre Chevènement, Senator und ehemaliger Innenminister,¹⁴ hatte seither diese Funktion inne, und er konnte in Russland mit Institutionen wie der Französisch-russischen Handelskammer sowie mit ständigen Foren zusammenarbeiten. Der Wirtschaftsrat der französischen und russischen Unternehmen, der 2010 gegründet wurde und dem Unternehmensführer aus Frankreich und Russland sowie Arbeitgebervertreter angehören, bot der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen dauerhaften Rahmen. Das zum Wirtschaftsrat gehörende (Forschungs)Institut Observatoire franco-russe, das 2012 seine Arbeit aufnahm, verfolgt das Ziel, die Eliten beider Länder über die Bedeutung der französisch-russischen Zusammenarbeit aufzuklären und Netzwerke aufzubauen. Die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Russland, die von den Regierungen gestärkt wurden, umfassten also nach und nach mehr Akteure, die in diesem Rahmen gemeinsame Interessen verfolgen konnten.

Diese gezielte Politik hatte eindeutig Erfolge zu verzeichnen: Innerhalb von drei Jahren haben sich die Handelsbeziehungen auf einen Umfang von 28,1 Milliarden Dollar im Jahr 2011 gesteigert (ausgehend von 17,1 Milliarden Dollar im Jahr 2009).¹⁵ Lässt man den Einbruch im Jahr 2012 außer Acht (der der Krise in der Eurozone geschuldet war), war Frankreich im Jahr 2013 mit einem Marktanteil von 4,1 Prozent der drittgrößte europäische Handelspartner Russlands, nach Deutschland und Italien).¹⁶ Die französischen Investitionen haben sich ausgeweitet, nachdem sie zunächst nur einige Schlüsselbereiche abgedeckt hatten. Von nun an umfassten sie den Nahrungsmittelsektor, die Automobilbranche, das Transportwesen (SAFRAN), den Finanzsektor (insbesondere Société Générale und BNP Paribas), das Versicherungswesen (AXA), den Vertrieb (Auchan, Décathlon, Leroy-Merlin) und die Energiebranche (Total, GDF-Suez, EDF).¹⁷ Der Vergleich mit den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland diente den Akteuren der florierenden französisch-russischen Wirtschaftskooperation häufig als Ansporn.¹⁸ Da die französisch-russische Zusammenarbeit jüngerer Datums war als die deutsch-russische, wies sie vor der Ukraine Krise noch Spielraum für Verbesserungen auf. Zum Beispiel waren die russischen Investitionen in Frankreich

deutlich ausbaufähig.¹⁹ Zudem hatten französische Unternehmen das Potenzial des enormen russischen Territoriums noch gar nicht ausgelotet. Außerhalb von Moskau und Sankt Petersburg gibt es nur wenige französische Firmenniederlassungen. Schließlich könnten die Beziehungen zwischen den kleinen und mittelständischen Unternehmen beider Länder enger sein.²⁰

Die als Antwort auf die Annexion der Krim verhängten Sanktionen der EU gegen Russland sowie die russische Gegenreaktion beendeten jedoch direkt diese wirtschaftliche Dynamik. Frankreich muss aufgrund der russischen Vergeltungsmaßnahmen Nachteile einstecken, wenn auch in geringerem Maße als Deutschland. Zwar trifft die Drohung mit steigenden Energiepreisen Frankreich weniger (weil das Land nicht so sehr auf russisches Gas angewiesen ist). Allerdings hat die russische Handelssperre für europäische Agrarprodukte, die seit August 2014 für mindestens ein Jahr in Kraft getreten ist, „extrem schwierige Auswirkungen“ auf die französische Agrarindustrie, insbesondere auf Obst- und Gemüseanbau, Fleischindustrie und Milchwirtschaft, wie der Vorsitzende der *Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles* (FNSEA; dt. Nationaler Verband der landwirtschaftlichen Betriebe) einräumte.²¹ Im Jahr 2013 betrug die französischen Nahrungsmittelexporte nach Russland mehr als eine Milliarde Euro, womit sie unter denen Deutschlands und der Niederlande lagen. Dennoch übertrafen sie die Exporte der gesamten Rest-EU in diesem Bereich noch um mehr als 10 Prozent.²² Unternehmen wie Danone oder Bonduelle, die sehr aktiv auf dem russischen Markt waren, sind besonders von den Sanktionen betroffen. Im Finanzsektor war Frankreich vor der Ukraine Krise der größte Investor in Russland, sodass die großen Banken (*Société Générale*, *BNP Paribas*) die Sanktionsmaßnahmen ebenfalls stark zu spüren bekommen.

Die strittige Frage der Mistral-Hubschrauberträger

Über das Thema Sanktionen hinaus macht die strittige Frage der Mistral-Hubschrauberträger das Besondere an der Situation Frankreichs aus, verglichen mit anderen EU-Mitgliedstaaten, die zum Zeitpunkt des Beginns der Ukraine Krise kaum so gewichtige Handelsverträge zu erfüllen hatten. Der Vertrag, den der russische und der französische Verteidigungsminister Anfang 2011 unterzeichneten und der wenige Monate später ratifiziert wurde, sah vor, dass Russland zwei der BPC-Mehrzweckschiffe²³ erwerben würde. Die Fertigung sollte größtenteils in Frankreich geschehen. Dieser Vertrag war nicht nur wegen des Verkaufswerts in Höhe von insgesamt 1,2 Millionen US-Dollar bemerkenswert, sondern auch,

weil er den ersten Verkauf von Rüstungsmaterial aus einem NATO-Mitgliedstaat an Russland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs darstellte. Die Annexion der Krim und die anschließende Unterstützung der pro-russischen Kräfte in der Ost-Ukraine durch Moskau brachten Frankreich in eine missliche Lage, weil die Lieferung des ersten Hubschrauberträgers, „Wladiwostok“, für Oktober 2014 vorgesehen war (das Schwesterschiff „Sewastopol“ sollte Ende 2015 geliefert werden). Die von der EU beschlossenen Sanktionen, die ein Embargo über Waffenlieferungen aus der EU sowie Waffenimporte aus Russland einschließen, galten zwar nicht rückwirkend. Doch Frankreich saß in der Zwickmühle und jeglicher Ausweg aus dem Dilemma würde es zum Verlierer machen.

Einerseits hätte die Weigerung, den Vertrag über die Mistral-Schiffe zu erfüllen, hohe wirtschaftliche Kosten zur Folge. Die Kaufsumme für die „Wladiwostok“, die Russland schon fast vollständig entrichtet hat, müsste Frankreich zurückzahlen. Hinzu käme die erhebliche Vertragsstrafe, die auf 250 Millionen Euro geschätzt wird.²⁴ Darüber hinaus umfasste der Vertrag von 2011 neben den beiden Hubschrauberträgern auch eine Option auf zwei weitere Schiffe der Mistral-Klasse, die in Russland gebaut werden sollten. Mit dem Lieferstopp für die „Wladiwostok“ entgingen Frankreich beträchtliche Gewinne. Der Vertrag über die Mistral-Kriegsschiffe hat bis dato Hunderte von Arbeitsplätzen am Werftstandort in Saint-Nazaire geschaffen, die für die wirtschaftlich angeschlagene Stadt wichtig sind. Über diese hohen wirtschaftlichen Risiken hinaus geht es allerdings auch um die Gefahr, dass Frankreich im Rüstungsbereich auf den internationalen Märkten an Glaubwürdigkeit verliert, insbesondere internationalen Partnern gegenüber, mit denen Konsultationen für Rüstungsgeschäfte²⁵ bestehen. Diese Befürchtung verlautete auch aus dem französischen Verteidigungsministerium.

Das Argument vom drohenden Risiko eines Glaubwürdigkeitsverlusts Frankreichs bringen zugleich auch die Gegner der Lieferung vor. Diese erinnern daran, dass die Entscheidung des damaligen Staatspräsidenten Sarkozy, nur wenige Monate nach dem Ende des Georgienkriegs²⁶ mit Russland über die Lieferung von Kriegsschiffen zu verhandeln, von einer gewissen Blindheit gezeugt habe. Die Rolle Russlands in der Krimkrise sowie im Krieg in der Ost-Ukraine bestätige nun, dass das Land eine Bedrohung für seine Nachbarn sei. Nun sieht der Vertrag über die Lieferung der Mistral-Hubschrauberträger aber einen Technologietransfer vor, der im Ergebnis die russische Marine bedeutend schneller und effizienter machen würde. Wenn Frankreich also naiv gehandelt und Russland

einen zu großen Vertrauensvorsprung gewährt hat, als es nach dem Ende des Georgien-Kriegs Verhandlungen über das Rüstungsgeschäft einleitete,²⁷ so würde es nun schlimmstenfalls mitschuldig an möglichen künftigen Angriffen Russlands, wenn es vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine den Vertrag über die Lieferung der Kriegsschiffe nicht suspendieren würde. Frankreich verlore dabei nicht nur Glaubwürdigkeit in dieser Region, sondern darüber hinaus auch auf dem internationalen Parkett. Diese Argumentation vertreten auch die westlichen Partner Frankreichs. Seit Ausbruch der Ukraine Krise im Frühjahr 2014 verstärken diese den Druck auf Paris, damit die Verantwortlichen von einer Lieferung der beiden Schiffe absehen. Die USA haben sich in dieser Frage mehrfach besorgt gezeigt. David Cameron bezeichnete die Lieferung im Juni 2014 als undenkbar und Bundeskanzlerin Angela Merkel rief Frankreich im Juli 2014 dazu auf, die Kriegsschiffe nicht an Russland zu liefern. Paris kann solche Bedenken nicht ignorieren, nimmt sie aber mit einer gewissen Irritation auf und wertet sie als unglaubwürdige Belehrungen von Ländern (wie Großbritannien), die an Rüstungsgeschäften mit Moskau²⁸ festhalten.

Staatspräsident Hollande und die französische Regierung befinden sich in einer verzwickten Lage. Es gab Vorschläge aus dem Ausland, dass andere Staaten oder Organisationen (etwa die NATO) die beiden Schiffe übernehmen könnten. Doch keine dieser Möglichkeiten scheint tatsächlich gegeben zu sein. Die Divergenzen zwischen Befürwortern und Gegnern der Lieferung reichen bis ins Innerste des Staatsapparats. Außenminister Laurent Fabius drohte gleich im Anschluss an die Annexion der Krim Mitte März 2014 Russland damit, die Lieferung auszusetzen, wenn es nicht Abstand von seiner Destabilisierungspolitik in Bezug auf die Ukraine nähme.²⁹ Diese Drohung hat Fabius seither öfter wiederholt. Innerhalb des französischen Verteidigungsministeriums gibt es sowohl Befürworter als auch Gegner der Mistral-Lieferungen. Staatspräsident Hollande hat sich in dieser umstrittenen Angelegenheit spät zu Wort gemeldet und entschieden, die Lieferungen zu verschieben. Die offizielle Position hat sich also etappenweise verändert – vom Festhalten an den vertraglichen Verpflichtungen (noch im Mai 2014 erneut bekräftigt, nur wenige Monate nach dem Ende der Kämpfe im Osten der Ukraine) über einen Lieferaufschub von zwei Monaten³⁰ bis hin zur Aussetzung des Vertrags „bis auf Weiteres“³¹ vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine. Frankreich ist jedoch immer stärkerem Druck aus Russland ausgesetzt, das zunächst noch versucht hatte, den Aufschub der Lieferung der beiden Hubschrauberträger zu verkürzen.

Kürzlich hat Verteidigungsminister Sergej Schoigu Frankreich mit juristischen Konsequenzen sowie Geldstrafen gedroht.³² Die strittige Frage der Lieferung der „Wladiwostok“ und der „Sewastopol“ stellt einen wichtigen Faktor dar, der die offizielle Haltung Frankreichs zu Russland sowie seine Position auf der europäischen Bühne beeinflusst, wie auch immer dieser Konflikt gelöst werden wird.

Frankreichs offizielle Position ist schwer auszubalancieren

Seit Beginn der Ukraine Krise hat sich Paris ganz in den Dienst der europäischen Politik gestellt, die darauf abzielt, Russland gegenüber eine einheitliche europäische Position einzunehmen. Zugleich versucht Frankreich, die Diplomatie der EU so zu beeinflussen, dass es seine eigenen Interessen wahren kann. So wie es das Außenministerium darstellt, fand der französisch-russische Dialog nur begrenzt statt, seit die Sanktionen gegen Russland in Kraft getreten sind.³³ Die Zustimmung Frankreichs in den europäischen Gremien zu den Sanktionen der EU und der Umstand, dass 2014 keine bilateralen Zusammenkünfte zwischen Frankreich und Russland stattgefunden haben (im Rahmen des zwischenstaatlichen Treffens der Premierminister, der Zusammenkünfte des CEFIC oder des CCQS, siehe Anmerkungen 9 und 10) sowie der Lieferaufschub der Mistral-Kriegsschiffe an Russland zeigen, dass Paris die europäische Einheit aufrechterhalten und einen Bruch in den bisherigen Beziehungen mit Russland markieren will.

Die vielfältigen diplomatischen Initiativen, die Frankreich angestoßen hat oder an denen es beteiligt war, zeigen allerdings, dass die Unterstützung der europäischen Politik im Kontext des Konflikts in der Ukraine im Grunde nicht den französischen Interessen dient. Dabei verdeutlichen die Einladung an Wladimir Putin, im Juni 2014 an der Gedenkfeier anlässlich der Landung der Alliierten in der Normandie vor siebzig Jahren teilzunehmen, die regelmäßigen Treffen zwischen Laurent Fabius und Sergej Lawrow und schließlich die Unterredung von François Hollande und Wladimir Putin auf dem Moskauer Flughafen im Dezember 2014, dass Paris vor allem zu vermeiden versucht, den Dialog mit Russland abreißen zu lassen.

Den derzeitigen Status quo bewertet Paris nicht nur als riskant für seine eigenen Interessen in Russland, die europäischen Interessen oder die Sicherheit in Europa. Frankreich setzt sich zugleich dafür ein, eine Lösung im bewaffneten Konflikt in der Ukraine herbeizuführen, die verhindert, dass Moskau noch weiter isoliert wird. Die deutsch-französische Zusammenarbeit scheint in dieser

Hinsicht von fundamentaler Bedeutung. Berlin und Paris, beide wichtige strategische Partner Russlands, kommen in der Analyse des Konflikts zu den gleichen Ergebnissen und teilen die gleichen Sorgen in Bezug auf eine weitere Eskalation. Außenminister Steinmeier und sein Amtskollege Fabius haben seit Beginn des Konflikts mehrere gemeinsame Reisen nach Kiew unternommen.³⁴ Die diplomatischen Bemühungen führten im Februar 2015 zum gemeinsamen Einsatz von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande für einen Friedensplan. Bei den Beratungen zum Protokoll von Minsk sowie zum Waffenstillstandsabkommen Minsk 2 spielten beide eine höchst aktive Rolle. All dies zeigt, dass Deutschland und Frankreich wieder engen Schulterschluss demonstrieren wollen, um eine gemeinsame Linie zu verfolgen – und das zu einem Zeitpunkt, als die USA erwägen, Waffen an die Ukraine zu liefern. Beide Partner haben regelmäßige Konsultationen³⁵ initiiert, um über die Beziehungen mit Russland in einer mittelfristigen Perspektive zu beraten, und beide wollen eine Verschärfung der Konfrontation mit Russland verhindern. Obwohl die Positionen in Bezug auf Russland weit auseinander liegen,³⁶ ist auch Polen an diesen Beratungen beteiligt.³⁷ Die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie das Weimarer Dreieck stellen offenbar derzeit die Eckpfeiler der europäischen Diplomatie dar – im Konflikt in der Ukraine und auch darüber hinaus in Bezug auf die Nachbarschaft³⁸ der EU.

Schlussfolgerung

Im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland sieht sich Frankreich innerhalb der EU angesichts des bewaffneten Konflikts in der Ukraine in eine besonders schwierige Lage gebracht, weil es eine enge Partnerschaft mit Moskau pflegt, Interesse daran hat, dass die dynamischen Wirtschaftsbeziehungen nicht abreißen und

weil die Frage der Lieferung der Mistral-Kriegsschiffe ungeklärt und strittig ist.

Dabei hat Paris in den Beziehungen zu Moskau nicht dem „Business-as-usual“ Vorzug gegeben, was einige Vertreter aus der Wirtschaft sowie manche Politiker vorgezogen hätten. So hat Frankreich für die Sanktionen der EU gestimmt und die Mistral-Lieferung vorerst gestoppt. Je länger der Konflikt anhält und je mehr er sich verschärft, desto mehr war Paris darum bemüht, den Kurs zu ändern, um einen dauerhaften Bruch mit Russland zu verhindern. Dieser, so fürchten die französischen Entscheidungsträger, wäre kontraproduktiv für alle Beteiligten. Bis auf ein paar kleinere Abweichungen (und Unterschiede in den Beziehungen zu Russland) teilt Berlin diese Sichtweise. Daher dient die deutsch-französische Zusammenarbeit von nun an dazu, dieser Position in den europäischen Gremien ausreichend Gehör zu verschaffen und gleichzeitig aktiv dazu beizutragen, den Konflikt in der Ukraine beizulegen.

Deutschland und Frankreich müssen sich jedoch innerhalb der EU mit Mitgliedstaaten abstimmen, die eine härtere Gangart Moskau gegenüber befürworten, in erster Linie Polen, die baltischen Staaten sowie Schweden. Vor allem hängt der Erfolg ihrer Bemühungen allerdings von der weiteren Entwicklung im Kriegsgebiet ab. Auch der gute Wille der Akteure vor Ort, insbesondere Russlands, bei der Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens von Minsk wird entscheidend sein.

Laure Delcour ist Forschungsdirektorin beim Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS). Übersetzung aus dem Französischen: **Sara Jakob**.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Mogherini: Russia is no Longer the EU's Strategic Partner, in: Euractiv, 2.11.2014, <<http://www.euractiv.com/sections/global-europe/mogherini-russia-no-longer-eus-strategic-partner-308152>> (abgerufen am 15.11.2014).
- 2 Vgl. z.B. François Clemençon, Ce lobby qui défend Poutine, in: Journal du Dimanche, 7.11.2014, <<http://www.lejdd.fr/International/Europe/Ce-lobby-qui-defend-Poutine-685316>> (14.1.2015).
- 3 Diese gründeten sich auf eine in manchen Fällen schwach ausgeprägte Korrelation der als pro-russisch wahrgenommenen Position bestimmter Wissenschaftler, Politiker oder Unternehmer mit einer eventuellen finanziellen Unterstützung eben dieser Akteure durch Russland, vgl. z.B. Lorraine Millot, Les universitaires complaisants, in: Libération, 24.10.2014, <http://www.liberation.fr/politiques/2014/10/24/les-universitaires-complaisants_1129045> (13.3.2015).
- 4 Vgl. Mélenchon: les Occidentaux irresponsables, in: Le Figaro, 10.3.2014, <<http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/03/10/97001-20140310FILWWW00107-melenchon-les-occidentaux-irresponsables.php>> (14.1.2015).
- 5 Vgl. Jacques Frère, Ukraine/Crimée – Marine Le Pen: „Les résultats du référendum sont sans contestation possible!“, in: NationsPress.info, 18.3.2014, <<http://www.nationspresse.info/mondialisme/atlantisme/ukraine-crimée-marine-le-pen-les-resultats-du-referendum-sont-sans-contestation-possible>>; und Video/Bericht: Jean-Marie Le Pen salue un „sans-faute de Poutine“ sur la Crimée, in: Huffington Post, 19.3.2014, <http://www.huffingtonpost.fr/2014/03/19/le-pen-salue-poutine-crimée_n_4991149.html> (14.1.2015).
- 6 Vgl. Tristan Quinault Maupoil, Nicolas Sarkozy légitime l'annexion de la Crimée par la Russie, in: Le Figaro, 10.2.2015, <<http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/couillises/2015/02/10/25006-20150210ARTFIG00242-nicolas-sarkozy-legitime-l-annexion-de-la-crimée-par-la-russie.php>> (12.2.2015).
- 7 Die Einreisebeschränkung wurde umgangen, indem die Einladung offiziell durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats erfolgte, vgl. Michaela Wiegel, Mit Putins Werten, in: FAZ, 21.12.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/frankreich-mit-putins-werten-13331741-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex_2> (16.3.2015).
- 8 Vgl. Benjamin Quenelle, Christophe de Margerie, „l'ami“ de la Russie, in: Les Echos, 21.10.2014, und darin die Rede von Christophe de Margerie vor dem Foreign Investment Advisory Council, Moskau, Okt. 2014, <http://www.lesechos.fr/21/10/2014/lesechos.fr/0203876614443_christophe-de-margerie---l-ami---de-la-russie.htm> (13.1.2015).
- 9 Am „zwischenstaatlichen Treffen“ nehmen jedes Jahr die Premierminister und weitere Minister beider Länder teil. Der „Conseil économique, financier, industriel et commercial“ (CEFC), dt. Rat für Wirtschaft, Finanzen, Industrie und Handel, hat die Aufgabe, Entscheidungen, die auf dem Treffen verabschiedet werden sollen, vorzubereiten und trifft sich ebenfalls im Jahresrhythmus. Das CEFC umfasst zudem ein Dutzend mit verschiedenen Sektoren befasste Arbeitsgruppen.
- 10 Der ehemalige Staatspräsident Jacques Chirac und Wladimir Putin gründeten 2002 den „Conseil de coopération franco-russe sur les questions de sécurité“ (CCQS), dt. Französisch-russischer Rat für Sicherheitsfragen. Dieser soll den strategischen Dialog der beiden Ländern verstärken. An den Treffen nehmen die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder teil.
- 11 Vgl. RIA Nowosti, Moscou et Paris mettent l'accent sur l'économie, 1.3.2013, <<http://fr.ria.ru/world/20130301/197676447.html>> (6.1.2015).
- 12 Hierzu unterzeichneten die Caisse des dépôts et consignations (CDC), dt. Kasse für die Hinterlegung und Verwaltung öffentlicher Gelder (staatl. Finanzinstitut), und auf russischer Seite die Wneshekonombank, dt. Bank für Außenwirtschaft, sowie der Russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) ein Abkommen, um langfristig Investitionen zwischen beiden Ländern zu erleichtern. Bei diesem Treffen wurde eine Reihe von Abkommen geschlossen, u.a. eines über die Gründung eines Forschungszentrums zur Technologie der Hochgeschwindigkeitszüge, an dem sich die französischen und russischen Eisenbahngesellschaften SNCF und RZD beteiligten. Zudem wurde unter Beteiligung von Astrium und Thales Alenia Space eine verstärkte Zusammenarbeit in der Raumfahrt beschlossen. Vgl. Russie: Hollande et Poutine, timide réchauffement, in: Le Point, 28.2.2013, <http://www.lepoint.fr/monde/russie-hollande-et-poutine-timide-rechauffement-28-02-2013-1634414_24.php> (7.1.2015).
- 13 Vgl. Ministère des Affaires étrangères et européennes, Diplomatie économique et commerce extérieur, <<http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/diplomatie-economique-et-commerce/>> (6.1.2015).
- 14 Vgl. Chevenement nommé représentant spécial de la France en Russie, in: Le Point, 23.10.2012, <http://www.lepoint.fr/economie/chevenement-nomme-representant-special-de-la-france-en-russie-23-10-2012-1520101_28.php> (5.1.2015).
- 15 Vgl. Moscou et Paris mettent l'accent sur l'économie, a.a.O. (Anm. 11).
- 16 Vgl. Ministère des Affaires étrangères et européennes, La France et la Russie, <<http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/russie/la-france-et-la-russie/>> (8.1.2015).
- 17 Ebd.
- 18 Beim ersten Frankreichbesuch im Juni 2012, nachdem Hollande seine Amtsgeschäfte aufgenommen hatte erinnerte Putin an die Unterschiede zwischen beiden Ländern: die Handelsbilanz mit Deutschland betrug damals 72 Mrd. €, die mit Frankreich 28 Mrd. €, vgl. Alain Barluet, Syrie: dialogue musclé entre Poutine et Hollande, in: Le Figaro, 2.6.2012, <<http://www.lefigaro.fr/international/2012/06/02/01003-20120602ARTFIG00001-syrie-dialogue-muscle-entre-hollande-et-poutine.php>> (8.1.2015).
- 19 Diese belaufen sich auf eine Mrd. €, 12-mal weniger als die französischen Investitionen in Russland, vgl. Observatoire franco-russe, France-Russie. 20 propositions pour un partenariat d'avenir, <http://obsfr.ru/fileadmin/_temp_/20_propositions_FR.pdf> (8.1.2015).
- 20 Vgl. Thomas Gras, Partenariats franco-russes entre PME innovantes: un gisement sous-exploité, in: Le courrier de Russie, 29.10.2013, <<http://www.lecourrierderussie.com/2013/10/partenariats-franco-russes-pme-innovantes/>> (8.1.2015).
- 21 Vgl. RIA Nowosti, France: „rude impact“ de l'embargo russe, 29.12.2014, <<http://fr.ria.ru/world/20141229/203336017.html>> (2.1.2015).
- 22 Vgl. Embargo russe: quel impact pour la France?, in: Le Monde, 8.8.2014, <http://www.lemonde.fr/planete/article/2014/08/08/embargo-russe-quel-impact-pour-les-agriculteurs-francais_4468885_3244.html> (12.1.2015).
- 23 BPC ist die Abkürzung für „bâtiment de projection et de commandement“, dt. Versorgungs- und Führungsschiff.
- 24 Vgl. Vincent Jauvert, Mistral: comment Sarkozy et Fillon ont cédé aux exigences des Russes, in: Le Nouvel Observateur, 10.8.2014, <<http://tempsreel.nouvelobs.com/l-enquete-de-l-obs/20140806.OBS5698/mistral-enquete-sur-un-contrat-qui-derange.html>> (7.1.2015).
- 25 Ebd.
- 26 Der Georgienkrieg war die unmittelbare Ursache für das Interesse Russlands an der Mistral-Klasse. Während des Konflikts waren die Schwächen der russischen Armee und die Schwerfälligkeit der russischen Marine deutlich zutage getreten.
- 27 Zweifellos waren wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend für die Vertragsunterzeichnung. Zudem erklärt sich das Rüstungsgeschäft aber auch mit der Sichtweise der französischen Entscheidungsträger zu jener Zeit auf Russland. Man sah das Land als Verbündeten, mit dem nur wenige Monate nach Ende des Georgienkriegs solide Beziehungen wiederhergestellt werden sollten. Diese Betrachtungsweise verleitete die französischen Verantwortlichen zu Fehleinschätzungen, z.B. setzten sie darauf, dass es unter Medwedews Präsidentschaft zu wesentlichen Neuerungen kommen würde und vernachlässigten die Bedrohung, die Russland für seine Nachbarn darstellte.
- 28 Vgl. Video und Bericht: Vente de Mistral à la Russie: Fabius invite Cameron à balayer devant sa porte, in: France 24, 23.7.2014, <<http://www.france24.com/fr/20140723-mistral-vente-russie-fabius-cameron-armes-navires-ukraine-separatistes/>> (19.1.2015).
- 29 Vgl. Fabius évoque une annulation de la vente de Mistral à la Russie, in: Journal du Dimanche, 18.3.2014, <<http://www.lejdd.fr/International/Europe/Fabius-evoque-une-annulation-de-la-vente-de-Mistral-a-la-Russie-657602>> (13.3.2015).
- 30 Vgl. La France suspend jusqu'en novembre la livraison d'un navire Mistral à la Russie, in: Libération, 3.9.2014, <http://www.liberation.fr/monde/2014/09/03/la-france-remet-en-question-la-livraison-du-premier-navire-mistral-a-la-russie_1093012> (20.1.2015).
- 31 Vgl. Meldung auf der Webseite des frz. Staatspräsidenten: <<http://www.elysee.fr/communiqués-de-presse/article/la-livraison-du-premier-bpc-repousse-jusqu-a-nouvel-ordre/>> (20.1.2015).
- 32 Vgl. Bericht: Mistral: la Russie exigera des pénalités avant la fin de janvier, in: La voix de la Russie, 19.1.2015, <http://french.ruvr.ru/news/2015_01_19/Mistral-la-Russie-exigera-des-penalites-avant-la-fin-de-janvier-1175/> (13.3.2015).
- 33 Vgl. La France et la Russie, a.a.O. (Anm. 15).
- 34 Außenminister Steinmeier war am 14.5.2014 Gast des französischen Ministerrats unter Vorsitz des Staatspräsidenten, um insbesondere über die Situation in der Ukraine zu sprechen.
- 35 Durchgeführt von den Planungsstäben des französischen Außenministeriums und des Auswärtigen Amtes.
- 36 Vgl. Andrew Rettman, Poland Attacks „Rusophile“ France in Sanction Talks, in: EU Observer, 26.1.2015, <<https://euobserver.com/foreign/127380>> (13.2.2015).
- 37 Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens reisten im Februar 2014 nach Kiew, um einen Ausweg aus der Krise zu verhandeln und verurteilten die Krim-Annexion in einer gemeinsamen Erklärung Ende März 2014, vgl. Gemeinsame Erklärung zur Ukraine der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks Frank-Walter Steinmeier (Deutschland), Laurent Fabius (Frankreich) und Radosław Sikorski (Polen) in Weimar, 31.3.2014, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140331_Gemeinsame_Erkl%C3%A4rung_zur_Ukraine.html> (23.3.2015).
- 38 Die drei Partnerländer des Weimarer Dreiecks haben z.B. ein gemeinsames „Non-paper“ erarbeitet, das ihre jeweilige Sichtweise auf eine Revision der europäischen Nachbarschaftspolitik enthält.

